

Gezielter Fragebogen zu den EEAG – Anhang Ergänzende Anmerkungen zu einzelnen Fragen

Frage 5: Sind Ihrer Erfahrung nach durch staatliche Beihilfen, die im Rahmen der EEAG oder der AGVO gewährt wurden, im Allgemeinen die einschlägigen Klima- und Umweltschutzziele erreicht und gleichzeitig ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt aufrechterhalten worden?

Die Fördersysteme für erneuerbare Energien und KWK haben zur Umstellung des Energiesystems auf THG-arme/freie Energieträger und zur Erhöhung der Effizienz der Energieversorgung wesentlich beigetragen. Aufgrund der Volatilität von Wind und PV, einem zu schleppenden Netzausbau und dem Fehlen von adäquaten Speicherlösungen hat der Ausbau erneuerbarer Energien aber nicht 1:1 zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen im Energiesektor geführt. Die weitestgehend national gehaltenen Fördersysteme für erneuerbare Energien stellten zudem bisher eine erhebliche Barriere für den Energiebinnenmarkt (Endkundenmärkte) dar und haben auch auf der industriellen Verbraucherseite aufgrund erheblicher Energiezusatzkosten zu Wettbewerbsverzerrungen geführt. Letztere konnten partiell durch Entlastungsregelungen für stromintensive Sektoren (u.a. Besondere Ausgleichregelung) abgemildert werden. Die Entlastungen kommen jedoch aufgrund von nationalen Schwellenwerten zur Energieintensität nur dem am stärksten betroffenen Teil der Industrie zugute.

Die Entlastungsregelungen dienen ihrerseits dem Klimaschutz, da sie Carbon Leakage Risiken mindern und eine Verlagerung industrieller Produktion in außereuropäische Regionen mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzstandards entgegenwirken. Intakte Wertschöpfungsketten in Europa verringern nicht nur Lieferwege, sondern tragen auch zur Herstellung von Klimaschutztechnologien in Europa bei. Solange außerhalb Europas angesiedelte Wettbewerber beträchtlich geringere Energie- und Umweltkosten zu tragen haben, sind Entlastungsregelungen für deutsche und europäische Unternehmen unabdingbar, um die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Industrie zu erhalten.

Es ist daher wichtig, dass die Möglichkeit von nationalen Entlastungsregeln in Abschnitt 3.7.2 der EEAG beibehalten wird.

Frage 6: Sind Ihrer Erfahrung nach durch staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der EEAG oder der AGVO gewährt wurden, im Allgemeinen die einschlägigen energiepolitischen Ziele erreicht und gleichzeitig ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt aufrechterhalten worden?

Das Auseinanderfallen von Netzausbau und Förderung für erneuerbare Energien in Verbindung mit dem Einspeisemanagement hat über lange Zeit dazu geführt, dass zwar der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland von 27,4 % in 2014 auf 37,8 % in 2018 anstieg, der Strom jedoch nicht effektiv genutzt/ zu den Verbraucherzentren transportiert werden konnte. Eine effiziente Förderpolitik müsste einen Systemansatz verfolgen, mit Standortanreizen, An-

reizen für Angebots- und Nachfrageflexibilität (Speicher, Lastmanagement) sowie einen adäquaten Netzausbau.

Die von der Förderung vor allem begünstigte PV und Windenergie bringen aufgrund ihrer Volatilität große Herausforderungen für die Netzstabilität und für das Gesamtsystem mit sich und machen kostenintensive Zusatzmaßnahmen (ReDispatch) zum Erhalt der Versorgungssicherheit notwendig. Diese Herausforderungen werden mit einem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien im Strom zunehmen, was mit weiteren Kostensteigerungen sowie Risiken für die Versorgungssicherheit verbunden ist. Auch hier ist eine Verbindung von Fördermechanismen mit Systemansätzen (Netzausbau, Speichertechnologien, Förderung Nachfrageflexibilität) für die Zukunft dringend geboten.

Die Ausgestaltung der Fördermechanismen in Deutschland hat verbunden mit dem Einspeiseprivileg zu Gegenanreizen für Energiespeichertechnologien geführt.

Die Kosteneffizienz des EEG hat sich mit der Reform in 2017 und dem Übergang zu Ausschreibungen verbessert. Trotzdem stellt die EEG-Finanzierung für diejenigen industriellen Verbraucher, die nicht von der Besonderen Ausgleichsregelung begünstigt sind, eine erhebliche Kostenbelastung dar, die gemeinsam mit anderen energierelevanten Abgaben, Umlagen, und Steuern kumulativ wirkt.

Frage 7: Kam es Ihrer Erfahrung nach infolge der Umsetzung der EEAG und der entsprechenden AGVO-Bestimmungen zu unerwarteten oder unbeabsichtigten Ergebnissen?

1. Im Januar 2018 wurde nach einer äußerst kurzen Ankündigung (von wenigen Wochen) die Teilentlastung hocheffizienter KWK-Neuanlagen in der Eigenversorgung von der EEG-Umlage aufgehoben zur Herstellung der Konformität mit dem EU-Beihilferecht. Diese Entscheidung wurde inzwischen (teil)korrigiert. Derart kurze Zeitabläufe und Änderungen der Fördervorgaben führen zu einem Vertrauensverlust, der sich negativ auf Investitionsentscheidungen auswirkt.
2. Aktuell werden im Beihilferecht zielführende Sanierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten erschwert (siehe BDI-Position zur Allgemeinen Eignungsprüfung des EU-Beihilferechts). Insolvenzverwalter müssen in die Lage versetzt werden, Betriebsbeihilfen im Rahmen der EEAG aktiv anwenden zu können, um die wettbewerbliche Situation von Unternehmen in Schwierigkeiten nicht noch zu verschlechtern.
3. Die teilweise erfolgten Rückforderungen im Zusammenhang mit ‚besonderen Netzentgelten‘ gem. § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV haben zu einer Verringerung von Anreizen für netzdienliches Entnahmeverhalten geführt. Entsprechende Rückforderungen ergingen im Zusammenhang mit dem Beihilfeprüfverfahren der Europäischen Kommission (SA. 34045 (2012/C)).